



Wien, den 26.10.2015

Stellungnahme des Österreichischen Verbandes für Deutsch als Fremdsprache/Zweitsprache zur aktuellen „Flüchtlingssituation“

Wie viele hier in Österreich sind wir über die Situation der Geflüchteten – egal, woher sie kommen – betroffen und berührt. Ein Grundsatz, dem sich der ÖDaF seit seiner Gründung verschrieben hat, ist, dazu beizutragen, dass anderen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft in Respekt und freundlicher Offenheit begegnet wird und Vielfalt als Freude und nicht als Belastung empfunden werden kann. Ein bedachter Sprachgebrauch und die Sprachvermittlung an sich sehen wir dafür als einen Katalysator.

Das Versagen und der Unwille der Politik in Österreich und innerhalb der EU, die teilweise inszenierte Planlosigkeit, mit der auf die Fluchtbewegungen reagiert wird, polarisiert unsere Gesellschaft, deren Auseinanderdriften durch eine zutiefst menschenfeindliche Haltung von rechtsextremen Parteien und Gruppierungen verstärkt wird. Umso positiver sehen wir eine kraftvolle Gegenbewegung, die durch die vielen individuellen Hilfeleistungen in Traiskirchen, in anderen Flüchtlingsunterbringungen und in den letzten Monaten bei der Erstversorgung von Geflüchteten und bei deren freundlicher Aufnahme ein anderes Österreich gezeigt hat. Diesem Österreich fühlt sich auch der ÖDaF verpflichtet.

Unsere Standpunkte und Forderungen

Das ehrenamtliche Engagement der vielen Menschen, die mit gutem Willen, jedoch oftmals ohne entsprechende Ausbildung und Qualifikation, Schutzsuchende beim Erwerb von ersten Deutschkenntnissen unterstützen, schätzen wir sehr. Uns ist bewusst, dass einem großen Teil der Schutzsuchenden ohne dieses Engagement keinerlei Unterstützung beim Deutschlernen zur Verfügung stehen würde. Zudem helfen diese Aktivitäten, eine sinnvolle Gestaltung in den ansonsten trostlosen Tagesablauf von Asylwerber_innen zu bringen.

Da dem ÖDaF die bestmögliche Unterstützung Schutzsuchender ein großes Anliegen ist, unterrichten seit Beginn der aktuellen Situation zahlreiche unserer qualifizierten und erfahrenen Mitglieder unentgeltlich Deutsch als Zweitsprache (DaZ). Die sprachliche Förderung der Schutzsuchenden kann aber langfristig nicht durch ehrenamtliches Engagement erfolgen. Wir fordern daher eine Aufstockung der Mittel, um professionell ausgebildete Lehrkräfte bei adäquater Bezahlung damit zu betrauen. Ehrenamtliches Engagement kann dann begleitend und erweiternd etwa mittels Buddy-Systems und Sprachtandems zu solchen Kursen angeboten werden.

Als Expert_innen für DaZ möchten wir das ehrenamtliche Engagement mit einer Reihe kostenloser Fortbildungsveranstaltungen für ehrenamtliche Deutschlehrende unterstützen, an deren Organisation wir momentan intensiv arbeiten und die im Dezember 2015 erstmals stattfinden sollen. Dieses Angebot kann und will eine professionelle Ausbildung nicht ersetzen. Unsere Kapazitäten reichen nicht aus, um den Schulungsbedarf auch nur annähernd zu decken. Daher fordern wir auch eine Aufstockung der finanziellen Mittel für die Ausbildung von DaZ-Lehrkräften, insbesondere für die Arbeit mit Schutzsuchenden.



Der ÖDaF richtet an die Politik drei Kernforderungen, die durch nachstehende Punkte detaillierter begründet und erläutert werden:

1. Einsatz von ausgebildeten DaZ-Fachkräften auf allen Ebenen
 2. Erstellung von geeigneten Unterrichtsmaterialien durch Expert_innen
 3. Ausbildungsinitiative im Bereich Deutsch als Zweitsprache, insbesondere an Hochschulen und Universitäten
- Die Menschen, die zu uns kommen, bringen sehr unterschiedliche Voraussetzungen mit. Dem entsprechend fordern wir auch ein **differenziertes Kursangebot**, damit auf die verschiedenen Bedürfnisse dieser Menschen eingegangen werden kann.
 - Im Sinne der Qualitätssicherung sollte die **Erstellung von differenzierten Lehrmaterialien** durch Expert_innen erfolgen bzw. von Expert_innen begleitet werden. Wir fordern daher die Entwicklung qualitativ hochwertiger Lehrmaterialien, mit einer sichtbaren Progression, die thematisch an die Bedürfnisse der diversen Zielgruppen angepasst sind.
 - Auf politischer Ebene fordern wir für jedes Bundesland konkrete Ansprechpersonen im Bereich der Deutschkurse für Schutzsuchende in Form von „**Koordinationsstellen für Deutschkurse für Schutzsuchende**“.
 - Viele Schutzsuchende sind Kinder, die in Österreich die Schule besuchen. Als Fachverband sehen wir die leider festzustellende starke Tendenz zur Deprofessionalisierung des DaZ-Unterrichts überaus kritisch. In Kindergärten und Schulen kommen Lehrkräfte mit keiner oder nur geringer fachlicher Ausbildung zum Einsatz. Da Spracherwerb jedoch ein hochkomplexer und sensibler Prozess ist und Sprachförderung gezielte und differenzierte Interventionen erfordert, ist es absehbar, dass die derzeit gesetzten Maßnahmen oft nicht zum gewünschten Erfolg führen werden. Den Preis dafür bezahlen die Kinder mit einem bedeutenden Handicap für die zukünftige Bildungslaufbahn. Daher hat die (zusätzliche) **sprachliche Förderung in Deutsch als Zweitsprache auf allen Ebenen des Bildungssystems ausschließlich durch im Bereich DaZ fundierte ausgebildete Personen** zu erfolgen und soll nicht von Lehrkräften übernommen werden, die für den Unterricht von Deutsch als Muttersprache ausgebildet sind, da es einen bedeutenden Unterschied macht, eine Fremd- oder Muttersprache zu unterrichten. Personen, die eine akademische (oder gleichwertige) Ausbildung vorweisen können, sind mit Sonderverträgen auch ohne Lehramt in Kindergärten und Schulen zur Sprachförderung einzusetzen.
 - Die **Lehramtscurricula aller Unterrichtsfächer** müssen Themen wie durchgängige sprachliche Bildung, Migrationspädagogik und Sprachförderung berücksichtigen, da Sprachförderung die Aufgabe aller Unterrichtsfächer ist.
 - Die Beherrschung der Bildungssprache ist der zentrale Faktor für den Schulerfolg. Beim Fokus auf die Deutschförderung muss aber auch allen anderen Sprachen, durch die viele Kinder Kindergärten und Schulen bereichern, Wertschätzung entgegengebracht werden. Zudem sind im Sinne der **Mehrsprachigkeitsförderung** die mitgebrachten Sprachen im geeigneten Maß zu fördern.



Weitere Stellungnahmen und Initiativen, die wir unterstützen:

Stellungnahme des Fachdidaktikzentrums der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz
<https://fachdidaktikzentrum-gewi.uni-graz.at/>

Stellungnahme zu Deutschkursen für Flüchtlinge des Fachbereichs für Deutsch als Fremd- und
Zweitsprache der Universität Wien <http://dafdaz.univie.ac.at>

Stellungnahme des Fachverbandes für Deutsch als Fremdsprache (FaDaF, Deutschland)
http://www.fadaf.de/de/aktuelles/fachleute-einstellen-pm_des_fadaf_ev_vom_8.9.2015-end.pdf

MORE-Initiative der Österreichischen Universitätenkonferenz <http://uniko.ac.at/projekte/more/>

Der ÖDaF-Vorstand

Mag.a Nicola Kraml (Präsidentin)
Dr. Hannes Schweiger (Vizepräsident)
Mag.a Andrea Stangl (Schriftführerin)
Dr.in Doris Reininger (Schriftführerin Stellvertreterin)
Mag. Denis Weger MA. (Kassier)
Mag.a Nicole Kroiß (Kassier Stellvertreterin)

Dieses Schreiben ergeht an: Bundesministerin Gabriele Heinsch-Hosek, Bundesminister Sebastian Kurz, Bundesministerin Dr.in Sophie Karmasin; an alle Landesschulräte und den Wiener Stadtschulrat; an die BildungssprecherInnen Mag.a Elisabeth Grossmann (SPÖ), Brigitte Jank (ÖVP), Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ), Dr. Harald Walser (Grüne), Dr. Matthias Strolz (Neos)